

Anfragen zum Plenum in der 4. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Horst Arnold
(SPD)

Nachdem der Ministerrat am 19.11.2019 beschlossen hat, das Wasserrahmenrichtlinien-Messnetz Grundwasser (Chemie) auf rund 1 500 Messstellen zu erweitern, frage ich die Staatsregierung, wie viele Messstellen wurden seit diesem Beschluss wann und wo funktionell eingerichtet?

Oskar Atzinger
(AfD)

Vor dem Hintergrund von Berichten von Eltern von Schülern der Peter-Henlein-Realschule Nürnberg, des Sigmund-Schuckert Gymnasiums Nürnberg sowie der SABEL Realschule und des SABEL Gymnasiums Nürnberg, wonach minderjährige Schüler mit Amazon-Gutscheinen Artikel online kaufen und diese dann auf den Schulhöfen an Mitschüler weiterverkaufen – darunter auch z. B. E-Zigaretten – frage ich die Staatsregierung, ob ihr diese Vorfälle bekannt sind, welche Maßnahmen getroffen werden, um dies zu unterbinden (insbesondere Maßnahmen durch die Schulleitung) und wird eine Sensibilisierung der Pausen- und Hofaufsichten der betroffenen Schulen zu diesem Thema angeraten?

Jörg Baumann
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Straftaten wurden im Zusammenhang mit der „Gemeinsam gegen rechts“-Demonstration vom 21.01.2024 in München und weiteren bayernweiten linken Demonstrationen seit dem 10.01.2024 festgestellt (nach Ort und Phänomenbereich), gab es im Zusammenhang mit der „Gemeinsam gegen rechts“-Demonstration vom 21.01.2024 in München und weiteren bayernweiten linken Demonstrationen seit dem 10.01.2024 Vorfälle, Auseinandersetzungen, Demosprüche in Bezug auf den Palästina-Krieg und welche verfassungsschutzrelevanten bekannten Teilnehmer wurden auf den oben genannten Demonstrationen festgestellt (nach Gruppierung, Ort und Anzahl)?

Nicole Bäumler
(SPD)

Nachdem es von verschiedenen Schulen bzw. Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften Berichte gab, dass Visavid am vergangenen Mittwoch, als in weiten Teilen Bayerns Distanzunterricht angeboten wurde, zumindest temporär schwer erreichbar bzw. nutzbar war, frage ich die Staatsregierung, welche Kenntnisse sie

über das Ausmaß hat, wie die Serverkapazitäten für Visavid allgemein gestaltet sind und ob im Vorfeld des großflächigen Distanzunterrichts kurzfristig weitere Serverkapazitäten gebucht wurden, um dem zu erwartenden Ansturm gerecht werden zu können?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Anzahl der Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften in Bayern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte in Fünf-Jahresschritten aufschlüsseln), welche Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften sind aus Sicht der Staatsregierung bzw. des Beauftragten für Bürokratieabbau nicht erforderlich und welche konkreten Maßnahmen zur Entbürokratisierung sind derzeit vonseiten der Staatsregierung geplant oder bereits in Arbeit?

Andreas Birzele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum sind Fernstudierende mit Hauptwohnsitz in Bayern vom Bezug des Ermäßigungstickets („29-Euro-Ticket“) ausgeschlossen, widerspricht dies nicht den Zielen der Staatsregierung zur besseren Vereinbarkeit von Studium und Beruf/Familie und welche Kosten würden nach Ansicht der Staatsregierung durch eine Einbeziehung Fernstudierender mit Hauptwohnsitz in Bayern entstehen?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des mehr als bezeichnenden Umgangs der AfD-Landtagsfraktion in der Halemba-Affäre und den rassistischen Vorfällen im Rahmen des AfD-Parteitages in Greding frage ich die Staatsregierung, ob sie nun die AfD als gesichert rechts-extreme Bestrebung bewertet, ob sie dem Vorbild anderer Bundesländer wie Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt folgend die gesamte AfD zum Beobachtungsobjekt der Sicherheitsbehörden erklären wird und inwieweit es konkrete Überlegungen für eine Überprüfung von neu einzustellenden bzw. bereits beschäftigten Staatsbediensteten in sicherheitsrelevanten Bereichen wie Polizei, Justiz oder Geheimdiensten gibt?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Windkraftanlagen, Tiefengeothermieranlagen und Großbatteriespeicher wurden 2023 in Bayern in Betrieb genommen, wie viele Windkraftanlagen, Tiefengeothermieranlagen und Großbatteriespeicher wurden 2023 genehmigt und wie viele Windkraftanlagen, Tiefengeothermieranlagen und Großbatteriespeicher wurden 2023 neu beantragt?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen (bitte auch Vollzeitäquivalente angeben) beschäftigt das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr derzeit für den Bereich Radverkehr, wie lauten deren Aufgabenbeschreibungen und welche Ziele des Regierungsprogramms „Radverkehrsprogramm Bayern 2025“ und des neuen Radgesetzes („Bayerisches Radgesetz – Bay-RadG“) sind bereits erfüllt bzw. noch offen (bitte einzeln auflisten)?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem der Staatsregierung bereits seit November 2019 eine Petition zur Einführung eines Gehörlosengeldes vorliegt, im Fachgespräch im Februar 2020 im Ausschuss für Arbeit und So-

GRÜNEN)

ziales, Jugend und Familie zahlreiche Verbände ihre Ideen und Konzepte für ein Gehörlosengeld dargelegt haben und Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf nach der Kabinettsitzung am 09.01.2024 den „Einstieg in ein Bayerisches Gehörlosengeld“ angekündigt hat, frage ich die Staatsregierung, wie die Zeitplanung für den Einstieg in ein Gehörlosengeld konkret aussieht, wann frühestens mit einem Konzept bzw. einer Gesetzesvorlage für ein Gehörlosengeld gerechnet werden kann und welche Verbände und Organisationen in die Ausarbeitung eingebunden werden (bitte bereits erfolgte und geplante Kontakte nennen)?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe hat der Freistaat Bayern Corona-Soforthilfen an bayerische (Profi-)Sportvereine beziehungsweise daran angegliederte Betriebe ausgezahlt, wie viel davon müssen die Vereine beziehungsweise die daran angegliederten Betriebe nach Auffassung der Staatsregierung wieder zurückzahlen (bitte unter Angabe der betroffenen Vereine) und wie viele davon haben bereits einen Antrag auf Erlass wegen Existenzgefährdung gestellt?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen in bayerischen Ausländerbehörden bereits ein Aufenthaltstitel nach § 104c Aufenthaltsgesetz beantragt haben und wie viele davon wurden positiv, wie viele negativ beschieden (wenn möglich, nach Ausländerbehörden unterscheiden)?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem im Jahr 2023 lediglich eine neue Rote Liste der gefährdeten Tierarten Bayerns mit den Köcherfliegen erschienen ist und damit nur 15 von 57 Tiergruppen der Roten Liste seit 2003 bisher aktualisiert wurden, frage ich die Staatsregierung, welche Neuaufgaben der inzwischen über 20 Jahre alten Roten Listen gefährdeter Tiere sollen im Jahr 2024 erscheinen, welche Roten Listen wurden für die Jahre ab 2025 bisher beauftragt (bitte chronologisch die erfolgte bzw. geplante Beauftragung auflisten) und welche Ursachen hat die schleppende Aktualisierung der überwiegend veralteten Roten Listen Bayerns?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird das Bayerische Chip-Design-Center konkret die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften fördern, wie wird es konkret für mittelständische Unternehmen den Zugang zu Fertigung und Lieferketten der Halbleiterindustrie herstellen und wie wird sichergestellt, dass das entwickelte Know-how in Bayern/Deutschland bleibt?

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich in Bayern die Anbaufläche der „Durchwachsenen Silphie“ in den letzten fünf Jahren entwickelt, aus welchen Gründen wird über das neu aufgelegte Programm „Blütenbauer“ nur der Kauf von Saatgut und nicht auch der Kauf von Pflanzen gefördert und wie hoch sind die veranschlagten Fördermittel für das Programm „Blütenbauer“ bis Ende 2026?

Ludwig Hartmann

Ich frage die Staatsregierung, ob sie (bitte um Auflistung der be-

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

treffenden Staatsministerien) bereits Gespräche mit dem Insolvenzverwalter der Alten Akademie München geführt hat, falls ja, wann jeweils die Gespräche geführt wurden, und was der konkrete Inhalt der einzelnen Gespräche war?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, für welche konkreten Projekte und Maßnahmen wurden in den Jahren 2021, 2022 und 2023 im Rahmen des Konzeptes „Klimaschutz durch Moorbodenschutz am Beispiel des Donaumooses“ Fördermittel bereitgestellt (bitte jeweiliges Projekt/jeweilige Maßnahme, jeweiligen Förderbetrag und jeweils zuständiges Staatsministerium/zuständige Behörde nennen), wie weit sind diese Projekte und Maßnahmen gediehen (bitte jeweiligen Sachstand und erreichten/geplanten Zeitpunkt des Abschlusses des jeweiligen Projekts/der jeweiligen Maßnahme darstellen) und für welche Projekte und Maßnahmen werden in den Jahren 2024 und 2025 Fördermittel bereitgestellt (bitte jeweiliges Projekt/jeweilige Maßnahme, jeweiligen Förderbetrag und jeweils zuständiges Staatsministerium/zuständige Behörde nennen)?

Andreas Jurca
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie den Entwurf des Bundeshaushaltes 2024, welche Auswirkungen auf den Doppelhaushalt 2024/2025 des Freistaates erwartet die Staatsregierung aufgrund dieses Entwurfes und sind Vorhaben bzw. Förderungen im Freistaat durch wegfallende Finanzierung des Bundes gefährdet?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche der im Planfeststellungsbeschluss für die Bundesstraße B 286 Schweinfurt – Gerolzhofen: 4-streifiger Ausbau Schweinfurt (A 70) – Schwebheim (Abschnitt 520 Station 0,189 bis Abschnitt 540 Station 0,886) der Regierung von Unterfranken vom 29.06.2017 festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen wurden bisher vollständig umgesetzt, aus welchem Grund und welche Ausgleichsmaßnahmen wurden, falls zutreffend, bisher nicht oder nur teilweise umgesetzt (bitte auch Zeitpunkt angeben, zu dem die vollständige Umsetzung aller festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen geplant ist)?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es bei der Entscheidung über die (Weiter-)Beschäftigung neuer oder bestehender Mitarbeiter in Staatsministerien und anderen Behörden (bzw. auch anderen staatlichen Stellen) anlassbezogene, routinemäßige (also nicht konkret anlassbezogene) oder nach Aufforderung durch Mitglieder der Staatsregierung staatsfindende Überprüfungen der Bewerber bzw. Mitarbeiter durch das Landesamt für Verfassungsschutz gibt, wenn ja, wem (dem betreffenden Bewerber/Mitarbeiter, den Vorgesetzten etc.) werden diese Erkenntnisse (bitte Zeitpunkt angeben, also vor oder nach der gegenständlichen Personalentscheidung) zugänglich gemacht und finden anlassbezogene oder routinemäßige (also nicht konkret anlassbezogene) Überprüfungen der Online-Auftritte von Mitarbeitern in Staatsministerien und anderen Behörden – bzw. auch anderen staatlichen Stellen – statt (bitte die Art und Umfang dieser Überprüfungen darlegen)?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem der damalige Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek beim sogenannten Medizingipfel 2023 einen Förderbescheid in Form eines Schecks über 360.000 Euro für den Start des Projekts „virtuelles Kinderkrankenhaus Bayern“ übergeben hatte, frage ich die Staatsregierung, wann dieses Geld ausgezahlt wurde, aus welchem Haushaltstitel die Mittel stammen und aus welchem Haushaltstitel der von Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention Judith Gerlach zum Jahreswechsel verkündete Start einer virtuellen Kinderklinik aktuell finanziert wird?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des Auslaufens der Übergangsregelung für den Einsatz von Rettungsassistentinnen und -assistenten gemäß Art. 62 Abs. 2 Satz 1 Bayerisches Rettungsdienstgesetz zum 31.12.2023 frage ich die Staatsregierung, wie viele Rettungsassistentinnen und -assistenten in Bayern verfügen nach ihrer Kenntnis über die Qualifikation als Notfallsanitäterinnen und -sanitäter (bitte in absoluten Zahlen sowie prozentual), wie bewertet die Staatsregierung die Personalsituation der bayerischen Rettungsdienste im Lichte der ausgelaufenen Regelung und was unternimmt die Staatsregierung angesichts einer steigenden Zahl von Notfalleinsätzen, um sicherzustellen, dass die bayerischen Rettungsdienste ihrem gesetzlichen Auftrag vollumfänglich nachkommen können?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Anfrage zum Plenum vom Abgeordneten Markus Rinderspacher (Drucksache 19/137 vom 11.12.2023), wo Teilfrage 2 zur Abgabe oder Nichtabgabe einer rechtsverbindlichen Auskunft der Staatsregierung gegenüber dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) zur Verlegung der Kfz-Verwahrstelle Thomas-Hauser-Straße 19, die in einer Stellungnahme des BMDV (Aktenzeichen: L 11/ DA 244/23 vom 16.08.2023) gefordert worden war, da diese rechtsverbindliche Auskunft der Staatsregierung laut obiger Stellungnahme des BMDV nicht vorläge, aber für die weitere Planung insbesondere der Neubewertung der sogenannten Bürgervariante unabdingbar sei, nicht beantwortet worden war, frage ich die Staatsregierung, ob dem BMDV rechtssicher gemeldet wurde, dass die Kfz-Verwahrstelle Thomas-Hauser-Str. 19 verlegt werden kann, sodass das BMDV nun die Prüfung der sogenannten Bürgervariante mit der rechtssicheren Aussage der Staatsregierung zur Verlegung der Kfz-Verwahrstelle neu auflegen kann?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was sind nach ihrer Einschätzung die Gründe dafür, dass über 12 000 Anträge (entweder auf Schlussabrechnung oder auf Fristverlängerungen) für die Corona-Soforthilfen noch nicht eingereicht wurden, wie will die Staatsregierung sicherstellen, dass faire Lösungen für diese Unternehmen gefunden werden und damit eine Pleitewelle der bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmen sowie der Soloselbstständigen vermieden wird, und wie ist, da nun eine repräsentative Anzahl an Anträgen auf Erlass oder Fristverlängerung vorliegen müsste, der

Stand der Besetzung der Härtefallkommission, die laut Bericht der Staatsregierung vom 06.07.2023 (StMWI-33-3509/539/2) über den Erlass der Corona-Soforthilfe-Rückzahlungsforderungen in strittigen Fällen entscheiden soll?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung im Hinblick auf den angekündigten Abbau von 2 000 Arbeitsplätzen beim Automobilzulieferer ZF in Schweinfurt, welchen Anteil der Beschäftigten im Automobilsektor und Verarbeitenden Gewerbe in der Region Schweinfurt hat die Firma ZF, wie viele Fördermittel hat die Firma ZF zwischen 2014 und 2023 jährlich vom Freistaat Bayern erhalten und wie viele Fördermittel hat die gesamte bayerische Automobilzuliefererbranche zwischen 2014 und 2023 jährlich vom Freistaat Bayern erhalten?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Hinweise hat sie hinsichtlich Personen, die Mitglieder in vom Verfassungsschutz überwachten Gruppierungen sind, im Umfeld und in der Organisation und Führung der „Gemeinsam gegen rechts“-Demonstration vom 21.01.2024 in München und der weiteren bayernweiten linken Demonstrationen seit dem 10.01.2024, wie bewertet es die Staatsregierung, wenn Jugendorganisationen von Parteien, Gewerkschaften, der Jugendring etc. (sog. Zivilgesellschaft) bewusst und offen eine Zusammenarbeit bzw. gemeinsames Auftreten mit vom Verfassungsschutz überwachten extremistischen Gruppierungen durchführen und durch gemeinsame Bewerbung¹ aufzeigen und wie bewertet die Staatsregierung die Aussage der Veranstalterin, die laut Bild-Zeitungsbericht vom 21.01.2024 ein Mitglied der linksextremen Klimagruppe „Extinction Rebellion“ gewesen sein soll, bezüglich „fucking System stürzen“?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit die Droge „Flex“ in Bayern verbreitet ist, welche Maßnahmen von der Staatsregierung ergriffen werden, um die Verbreitung der Droge zu verhindern, und ob es in Bayern bereits Todesfälle gibt, die mit dem Konsum der Droge „Flex“ in Zusammenhang stehen könnten?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen sind seit 2015 insgesamt aus dem Ausland in den Freistaat Bayern eingewandert (aufsummierte Nettozuwanderung/Wanderungssaldo) und sieht die Staatsregierung die Kapazitätsgrenze Bayerns bei der Aufnahme von Migranten hinsichtlich Integration, Unterbringung, Versorgung etc. mittlerweile als erreicht an?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrstellen für Auszubildende in bayerischen Unternehmen besetzt sind (in absoluten Zahlen, und, falls möglich, in Prozent der gesamten angebotenen Lehrstellen für Auszubildende in bayerischen Unternehmen), wie viel an Umsatz dadurch den bayerischen Unternehmen bzw. an Wertschöpfung der bayerischen Wirtschaft verloren geht und wie viele dieser noch zu besetzenden Lehrstellen für Auszubildende an bayerischen Unternehmen im ersten Ausbildungsjahr noch eine

¹ z. B. <https://www.kjr-m.de/termine/gemeinsam-gegen-rechts/>

Vergütung von unter 1.000 Euro bezahlen (in absoluten Zahlen, und, falls möglich, in Prozent der gesamten angebotenen Lehrstellen für Auszubildende in bayerischen Unternehmen)?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele staatlich finanzierte bzw. geförderte Mietwohnungen wurden 2023 im Rahmen der Wohnraumförderung bewilligt, wie verteilen sich diese auf die jeweiligen Programme (Bayerisches Wohnungsbauprogramm, Modernisierungsprogramm, KommWFP, Studierendwohnraum, Junges Wohnen, Heimplätze etc.) und wie viele Wohnungen sind im letzten Jahr insgesamt aus der Bindung gefallen?

Johann Müller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, was ist die Position der Staatsregierung zur CO₂-Abgabe, wie steht die Staatsregierung zur möglichen Einführung eines „Klimageldes“ und wie beurteilt die Staatsregierung den Umstand, dass die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe nicht an die Steuerzahler zurückfließen?

Benjamin Nolte
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten haben Studenten an bayerischen Hochschulen, wenn ihre Dozenten in Klausuren, Hausarbeiten, Bachelor- oder Masterarbeiten oder sogar mündlich die Verwendung der sogenannten Gendersprache einfordern, wie viele Studenten legten in den letzten zehn Jahren Beschwerde ein, weil sie wegen der Nichtverwendung der Gendersprache eine schlechtere Beurteilung erhielten, und auf welcher rechtlichen Grundlage konnten bzw. können Dozenten die Verwendung der Gendersprache einfordern?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen mit abgeschlossener zweijähriger Zusatzausbildung zur Heilpädagogischen Förderlehrkraft in der Entgeltgruppe TV-L 9b im Freistaat Bayern im laufenden Schuljahr 2023/2024 angestellt sind (bitte aufschlüsseln nach Trägern), welche konkreten Schritte die Staatsregierung unternommen hat, um den Landtagsbeschluss vom 18.07.2023 (Drs. 18/30108) in der Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft der Länder umzusetzen, und welchen Gruppen unter den Beschäftigten des Freistaats aktuell eine Zulage nach § 16 Abs. 5 TV-L gewährt wird?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob für das Kommunalunternehmen „Lucas-Cranach-Campus“ in Kronach seit Bestehen rechtsaufsichtliche Prüfungen durchgeführt wurden (bitte chronologisch auflisten), welche Ergebnisse die Prüfungen ergeben haben und welche rechtsaufsichtlichen Maßnahmen daraufhin eingeleitet wurden (bitte Maßnahmen und ihre Durchführung chronologisch auflisten)?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, an wie vielen Grund- und Förderschulen in Bayern gibt es derzeit betreute Frühstücksangebote, wie hat sich diese Anzahl in den letzten zehn Jahren – seit der Entstehung von „denkbar-R“ – verändert (bitte für die jeweiligen Jahre gesondert angeben) und inwieweit soll das Angebot in den nächsten Jahren (insbesondere im Hinblick auf die Petition

SO.0041.18) ausgeweitet werden?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie gestalten sich die bayerischen Wirtschaftsbeziehungen zu Taiwan seit 2013 (bitte nach Export, Import, Handelsvolumen und Jahren aufgelistet angeben), wie gestalten sich die Beziehungen Bayerns zu Taiwan im Bereich von Kultur und Wissenschaft und welche konkreten Planungen verfolgt die Staatsregierung zur Pflege und Ausweitung der Beziehungen zwischen Bayern und Taiwan?

Franz Schmid
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, warum die Polizei in Bayern bzw. die Generalstaatsanwaltschaft Bamberg erst durch Ermittlungen in Großbritannien davon erfuhr, dass ein Mitarbeiter bei den Augsburger Domsingknaben Kinder und Jugendliche sexuell missbraucht bzw. pornographisches Material der Kinder und Jugendlichen produziert und verbreitet hat (bitte Vorgang genau erläutern), ob es im Vorfeld schon Anzeichen in Form von Anzeigen oder Beschwerden gab, wonach Mitarbeiter der Augsburger Domsingknaben Kinder und Jugendliche sexuell belästigt oder missbraucht haben könnten (bitte Zeitraum und Vorwürfe genau erläutern), und was gedenkt die Staatsregierung zu unternehmen, um künftig sexuellen Missbrauch in kirchlichen Einrichtungen zu verhindern (Konzepte bitte genau darlegen)?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Unterstützung bietet sie dem Freizeitpark „Pullman City“ an, welcher jährlich hunderttausende Besucher nach Eging am See im Landkreis Passau zieht und somit eine touristische Hochburg der Region ist, welcher aber kürzlich von einem Großbrand stark beschädigt worden ist, welche Unterstützung könnte der Landtag über den Haushalt beschließen und welche öffentlichen Unterstützungs-, Förder- und Kreditprogramme, die „Pullman City“ jetzt helfen könnten, sind der Staatsregierung bekannt?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geplanten Maßnahmen (insbesondere die Investitionsverpflichtung für internationale Streaming-Anbieter, die vonseiten der mittelständischen Filmwirtschaft begrüßt wird, sowie das Steueranreizmodell zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland) bewertet, erwägt die Staatsregierung, bei der Einführung von Investitionsverpflichtungen durch den Bund eine Klage bezüglich der Länderkompetenzen einzureichen, um ihre möglicherweise abweichende Position in Bezug auf eine Investitionsverpflichtung durchzusetzen, und wie ist der Stand der Diskussion über eine gemeinsame Position der zuständigen Stellen der Länder zu den geplanten Steueranreizmodellen?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts von Hunderttausenden Menschen, die in den vergangenen Tagen bundesweit auf die Straßen gegangen sind, um gegen Rechtsextremismus, Demokratiefindlichkeit und Vertreibungspläne zu demonstrieren, frage ich die Staatsregierung, ob sie

Erkenntnisse zur Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern aus dem bayerischen rechtsextremen Milieu am von dem Recherchekollektiv Correctiv aufgedeckten Treffen des sogenannten Düsseldorfer Forums in Potsdam im November 2023² besitzt, wie die Staatsregierung die vom rechtsextremen Milieu für den Freistaat Bayern ausgehende Gefahr bewertet und welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreifen wird, um der von rechtsextremen Akteurinnen und Akteuren ausgehende Gefahr für den Freistaat Bayern entgegenzuwirken?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele vorzuhaltende Einsatzstunden von Rettungswägen konnten im Jahr 2023 (falls für 2023 noch keine Daten vorliege, bitte für 2022 beantworten) nicht besetzt werden, wie stark waren die einzelnen Rettungsdienstbereiche hiervon jeweils betroffen und in wie vielen Fällen war fehlendes Personal hierfür der Grund?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Berufsbetreuer gab es in Bayern im Jahr 2022, wie viele Anträge zur Registrierung als beruflicher Betreuer wurden bis zum 30.06.2023 gestellt und wie viele Registrierungsbescheide wurden bis zum 01.07.2023 tatsächlich erteilt?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass ein Teil des Konversionsgeländes in Bamberg (ehemalige „Flynn Housing Area“) seit 2015 vom Freistaat Bayern als zentrale Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete (AEO/ARE/Ankerzentrum) genutzt wird, frage ich die Staatsregierung, ob zum Start der Einrichtung ein Bauantrag auf Nutzungsänderung gestellt wurde, wenn ja, wie lauten Antrag und Verbescheidung, wenn nein, warum nicht?

Ramona Storm
(AfD)

Im Hinblick auf die abgelehnte Petition der Gemeinde Aiterhofen frage ich die Staatsregierung, ob sie gedenkt, auch in Zukunft Beschlüsse der kommunalen Selbstverwaltung zu ignorieren, stellt sie auch zukünftig das private Vertragsrecht über die Belange der Gemeinden hinsichtlich der Unterbringung von Asylbewerbern und will die Staatsregierung das Urteil des Verwaltungsgerichtes im Fall Greiling in Bezug auf die Zuweisung von Asylbewerbern akzeptieren und zukünftig von Zwangszuweisungen absehen?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird die Energiesystemanalyse der Forschungsstelle für Energiewirtschaft, die im Auftrag des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie erstellt worden ist, veröffentlicht, wo ist die Studie einsehbar und wie hoch war im November 2023 die in Bayern erzeugte Strommenge im Vergleich zum Stromverbrauch?

Arif Taşdelen
(SPD)

Da das Tarifergebnis TV-L 2023 vom 09.12.2023 die wesentlichen Elemente +200 Euro Sockelbetrag pro Monat ab 01.11.2024, +5,5 Prozent ab 01.02.2025 sowie eine Inflationsausgleichszah-

² <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

lung in Höhe von 3.000 Euro (1.800 Euro netto im Dezember 2023 sowie 120 Euro netto pro Monat von Januar bis Oktober 2024) enthält, frage ich die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass der Beginn der Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie in Bayern erst ab März 2024 vorgesehen ist, welches sind ggf. die Gründe dafür und welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, den Beginn der Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie doch früher zu realisieren?

Matthias Vogler
(AfD)

Da sich laut dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) der bundesweite Investitionsrückstand der Kommunen im Jahr 2023 auf 166 Mrd. Euro belief, frage ich die Staatsregierung, wie ist – nach Kenntnis der Staatsregierung – der Investitionsrückstand der bayerischen Kommunen, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Regierungsbezirken und ihrer Entwicklung in den letzten fünf Jahren (bitte die Investitionsrückstände grafisch oder tabellarisch darstellen und zwar in absteigender Reihenfolge ihrer Größe entsprechend der vom Deutschen Städte- und Gemeindebund bereits vorgenommenen Aufteilung³)?

Ruth Waldmann
(SPD)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt hat, im Freistaat bis 2035 rund 5 000 Stellen im öffentlichen Dienst einsparen zu wollen, frage ich die Staatsregierung, ob und in welchem Umfang im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) Stellen gestrichen werden sollen und wie dies vor dem Hintergrund der Ankündigung des ehemaligen Staatsministers für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek zu verstehen ist, der im Mai 2022 betonte, den sog. Pakt für den ÖGD umsetzen und das Personal der Gesundheitsämter stärken zu wollen?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es bei Projekten zum Hochwasserschutz im Einzugsgebiet des Wasserwirtschaftsamts Weiden aktuell Verzögerungen bei den ursprünglich vorgesehenen Zeitplänen (wie bei Projekten des Wasserwirtschaftsamts Regensburg aktuell der Fall), mit Mehrkosten in welcher Höhe rechnet man pro Projekt (bitte mit ursprünglich geplanten Kosten) und wie werden die auf Eis gelegten Projekte zum Hochwasserschutz priorisiert (bitte Reihenfolge angeben)?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Pläne ihr betreffend Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen des denkmalgeschützten Gebäudes in Besitz der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) in der Bismarckstr. 4, Erlangen (Denkmalnummer D-5-62-000-1092) vorliegen, welche Maßnahmen aktuell ergriffen werden, um Vandalismus, unzulässige Nutzung und weiteren Verfall zu verhindern und inwieweit die Bebauung des Nachbargrundstücks durch die Jüdische Kultusgemeinde in das weitere Erhaltungs- und Nutzungskonzept der Bismarckstr. 4 mit einbezogen wird?

Andreas Winhart

Ich frage die Staatsregierung, was ist ihre Position zur möglichen Einführung einer Tierwohlabgabe, sieht die Staatsregierung die

³ vgl. <https://www.dstgb.de/publikationen/dokumentationen/bilanz-2022-ausblick-2023/>

(AfD)

Gefahr, dass eine solche Abgabe die Inflation im Lebensmittelbereich antreibt, und sieht die Staatsregierung die Gefahr, dass der bürokratische Aufwand den möglichen Nutzen übersteigt?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Übernahme der Kosten für das Essen in Kitas und Schulen wurden im vergangenen Jahr von bedürftigen Familien gestellt (bitte auflisten nach genehmigten und abgelehnten Anträgen sowie der Höhe der übernommenen Kosten), ist die Staatsregierung bereit, ein kostenfreies Mittagessen an Kitas und Schulen für alle Kinder zur Hälfte zu finanzieren, nachdem das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention die Empfehlung des Bürgerrats für ein gesundes kostenfreies Essen an Schulen und Kitas sowie die Forderung der Übernahme der dadurch anfallenden Kosten durch den Bund zu 50 Prozent begrüßt hat⁴, und falls ja, was hindert die Staatsregierung daran, bereits jetzt die Kosten für ein gesundes Mittagessen an Kitas und Schulen zur Hälfte zu übernehmen?

⁴ <https://www.br.de/nachrichten/wissen/buergerrat-fordert-gesuenderes-und-kostenloses-essen-fuer-alle-kinder.U1igGiP>
